

BREXIT geht in die nächste Runde

Mit einem Weißbuch präsentierte die britische Regierung die lang angekündigten Vorstellungen zur Ausgestaltung ihres Austritts aus der EU. Im Mittelpunkt der am 12. Juli veröffentlichten Publikation steht die Ausgestaltung der zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen. Danach soll eine Freihandelszone für den Handel mit Gütern errichtet werden. Gleichzeitig wird aber auch betont, dass man aus der europäischen Zollunion austreten wolle. Im Ergebnis streben die Briten ein sogenanntes Facilitated Customs Arrangement (FCA) an, das einerseits den zollfreien Handel mit der EU ermöglichen, andererseits aber auch den Briten die Möglichkeit schaffen soll, eigene Zölle auf Wareneinfuhren zu erheben, die für den britischen Markt bestimmt sind. Das Vereinigte Königreich (VK) strebt darüber hinaus einen eigenen Sitz in der WTO an und auch der schon oft vorgetragene Wunsch nach einer autonomen Handelspolitik findet sich in dem Weißbuch wieder. So wird der Abschluss eigener Freihandelsabkommen angestrebt. In der praktischen Umsetzung in der EU wäre dies ein überaus komplexes Unterfangen.

Bundesregierung unterstreicht die Vielzahl offener Fragen

Der europäische Unterhändler Michel Barnier kommentierte kurz darauf den Vorschlag dann auch eindeutig. Er lehnte es ab, das Papier als Verhandlungsgrundlage zu verwenden, da es mehr Fragen als Antworten liefere und auch die komplexe Nordirlandfrage nicht löse.

Auch die Bundesregierung zeigte sich wenig begeistert und unterstrich die Vielzahl der weiterhin offenen Fragen.

Die Europäische Kommission veröffentlichte schließlich eine Mitteilung über die Vorbereitungen für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und legt in dieser Mitteilung dar, wie sich Bürger, Unternehmen und Behörden auf die verschiedenen Brexit-Szenarien vorbereiten sollen. In dieser Mitteilung geht die Europäische Kommission auf verschiedene Aspekte zur Vorbereitung auf den Brexit ein. Für den Fall, dass es keine Einigung gibt, wären weder im VK noch in der EU Regelungen in Kraft, die den Aufenthaltstitel von EU-Bürgern im VK oder von britischen Bürgern in der EU regeln. Auch würde die Bindungswirkung der europäischen Berufsankennungsrichtlinie entfallen. Derzeit ist vollkommen unklar, wie die Anerkennung beruflicher Qualifikationen zwischen dem VK und der EU nach dem Austritt geregelt werden soll. Was den Transfer von personenbezogenen Daten angeht, so wird es in dem Fall, in dem das VK zu einem Drittstaat wird, zu bestimmten Beschränkungen

kommen. Um einen uneingeschränkten Datentransfer auch im Falle eines Drittstaatenstatus zu ermöglichen, wäre eine Angemessenheitsentscheidung der EU notwendig. Die kann jedoch erst dann gefällt werden, wenn das VK den Status eines Drittstaats hat. Unternehmen sind daher gut beraten, sich für diese Eventualitäten zu rüsten.

Am 24. Juli veröffentlichte die Regierung des Vereinigten Königreichs ein weiteres Weißbuch, dass die Implementierung eines Austrittsabkommens in britische Gesetzgebung zum Thema hat.

Wahrscheinlichkeit eines harten, unregelmäßigen Austritts steigt

Angesichts der hohen Komplexität hat das Auswärtige Amt einen Referentenentwurf zu Regelungen in einer möglichen Übergangsphase erarbeitet, die jedoch nur greifen würden, wenn es eine Einigung gibt.

Dieser Referentenentwurf befasst sich unter anderem mit Fragen der Möglichkeit zur Stellung von Einbürgerungsanträgen durch britische Staatsangehörige oder aber die Fortführung des Vereinigten Königreichs als Teil der Bezeichnung EU-Mitgliedsstaat im Bundesrecht bis zum Ende des Übergangszeitraums.

Die Wahrscheinlichkeit eines harten, nicht-geregelten Austritts steigt derweil stark an und Unternehmen sind gut

beraten, sich auf dieses Szenario vorzubereiten. Wird das Austrittsabkommen nicht bis Ende März 2019 ratifiziert, tritt auch nicht die Übergangsphase in Kraft. Damit wird ab dem 31. März 2019 das europäische Recht nicht mehr für das Vereinigte Königreich gelten. Die Verhandlungsführer haben aber nur noch zweieinhalb Monate Zeit, um eine Lösung zu finden. Am 18. Oktober wird der europäische Rat tagen. Nur wenn bis dahin ein Abkommen vorliegt, wird der sich anschließende Ratifikationsprozess in den einzelnen Mitgliedsstaaten überhaupt möglich sein.

- ① Relevante Publikationen finden Sie unter:
www.gov.uk/government/publications ("The future relationship between the United Kingdom and the European Union"; "Legislating for the withdrawal agreement")
- ① Den Referentenentwurf des Auswärtigen Amts finden Sie unter:
www.auswaertiges-amt.de/de/ausssenpolitik/europa/brexit-uebergangsgesetz/2119360

[Gregor Wolf]

BGA AKTUELL

Umfrage zur Lage und Perspektiven im Großhandel

Der BGA erstellt jeweils zur Jahresmitte und zum Jahresende ein Stimmungsbild im Großhandel. Dieses Klimakonjunkturbarometer basiert auf einer Befragung bei den Unternehmen der Wirtschaftsstufe. Bislang wurde diese durch telefonische Befragung von Unternehmen durchgeführt. Künftig soll die Befragung in elektronischer Form stattfinden. Eine Teilnahme soll so leichter und schneller möglich sein. Die Fragen zur Zuordnung der Unternehmen, zur konjunkturellen Lage und zu den weiteren Perspektiven bleiben bewährt kompakt. Wir rechnen dadurch mit einem zeitlichen Aufwand von etwa fünf bis zehn Minuten für die Teilnahme.

Die Umfrage wird in der zweiten Augushälfte starten und eine Teilnahme über den Zeitraum von etwa zwei Wochen möglich sein.

[Michael Alber]

EuroCommerce feiert 25-jähriges Jubiläum

Vor 25 Jahren wurde EuroCommerce als Dachverband des europäischen Handels in Brüssel gegründet. Am **27. November 2019** wird EuroCommerce den Geburtstag mit einer Konferenz mit dem Titel „Celebrating Retail and Wholesale“ feiern. Die hochrangige Konferenz wird Erfolgsgeschichten des Großhandels und des Einzelhandels beleuchten und die Vorteile für Konsumenten und Geschäftskunden aufzeigen.

Neben dem neuen Eurocommerce-Präsidenten Régis Degelcke sind als Sprecher bestätigt: der Vize-Präsident der EU-Kommission Jyrki Katainen, die Binnenmarkt-Kommissarin Elzbieta Bienkowska, die Justiz-Kommissarin Vera Jourová, die Vorsitzende des Binnenmarktausschusses des Europäischen Parlaments Anneleen van Bossuyt sowie die Generalsekretärin der europäischen Verbraucherorganisation BEUC, Monique Goyens. BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann wird im Rahmen eines Panels über die wichtige Funktion des Großhandels für die internationalen Lieferketten sprechen. Es ist der erste Auftritt des BGA-Präsidenten bei einer Veranstaltung in Brüssel.

[Jan Eggert]

ARBEIT

Arbeitskosten 2016 in Ostdeutschland um 23,5 Prozent unter Westniveau

Im Jahr 2016 betragen in Deutschland die Arbeitskosten je geleistete Stunde durchschnittlich 33,09 Euro. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, lagen in Ostdeutschland die Arbeitskosten mit 26,14 Euro um 23,5 Prozent unter dem Niveau Westdeutschlands einschließlich Berlin (34,19 Euro je geleistete Stunde).

- ① Destatis-Pressemitteilung (Auszug) vom 24. Juli 2018

FINANZIERUNG

Kabinett beschließt Mittelstandsförderung aus dem ERP-Sondervermögen für 2019


Das Bundeskabinett hat am 1. August 2018 den Entwurf des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 2019 beschlossen. Kleine und

mittlere Unternehmen können auf dieser Grundlage 2019 zinsgünstige Finanzierungen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von rund 7,8 Milliarden Euro erhalten. Der deutsche Mittelstand kann sich damit weiterhin auf ein beständiges und qualitativ hochwertiges Förderangebot aus dem ERP-Sondervermögen verlassen.

Auch 2019 sollen vor allem Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, der Aufbau und die Modernisierung bestehender Unternehmen in den regionalen Fördergebieten, die Bereitstellung von Beteiligungskapital für junge innovative Unternehmen und die Exportleistungen deutscher Unternehmen gefördert werden.

In den volkswirtschaftlich bedeutenden Bereichen der Innovations- und Digitalisierungsfinanzierung wird das Fördervolumen im kommenden Jahr gegenüber dem Vorjahr auf zwei Milliarden Euro verdoppelt, um den Mittelstand mit Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung zu unterstützen.


Darüber hinaus trägt der ERP-Wirtschaftsplan 2019 dem gestiegenen Förderbedarf im Bereich der Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung in Deutschland Rechnung, indem er die im Jahr 2018 begonnene Verstärkung des KfW-Engagements in diesem Bereich bei moderater Erhöhung des Volumens verstetigt.

 BMWi-Pressemitteilung vom 1. August 2018

KONJUNKTUR

Erzeugerpreise Juni 2018: + 3,0 Prozent gegenüber Juni 2017

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lagen im Juni 2018 um 3,0 Prozent höher als im Juni 2017. Im Mai 2018 hatte die Jahresveränderungsrate bei + 2,7 Prozent gelegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, stiegen die Erzeugerpreise im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent und damit weniger stark als im Mai 2018 (+ 0,5 Prozent).

 Destatis-Pressemitteilung (Auszug) vom 20. Juli 2018

Konjunktur in Deutschland entwickelt sich seitwärts

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juni 2018 gegenüber dem Vormonat um 4,0 Prozent gesunken. Die Auftragseingänge aus dem Inland und dem Euroraum verringerten sich dabei um 2,8 Prozent bzw. 2,7 Prozent. Noch stärker betroffen waren allerdings die Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum (-5,9 Prozent). Der Anteil der Großaufträge war für den Monat Juni unterdurchschnittlich.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe sank im Juni 2018 im Vergleich zum Vormonat um 0,9 Prozent. Nach einem soliden Monat Mai und der Hoffnung auf längerfristige Besserung trübte sich die Situation damit wieder ein. Im Bauhauptgewerbe gab die Produktion mit -3,2 Prozent stärker nach als in der Industrie mit -0,8 Prozent. In der Industrie fiel der Rückgang im Bereich Konsumgüter mit -1,6 Prozent am deutlichsten aus. Bei Vorleistungs- und Investitionsgütern wurden Produktionseinbußen von 0,8 Prozent beziehungsweise 0,6 Prozent verzeichnet.

Diese aktuelle konjunkturelle Situation im Juni 2018 ist für den BGA Anlass, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als moderat zu betrachten. Die noch im Mai veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes gaben zunächst einen positiveren Ausblick für die weitere Entwicklung. Die erneute kurzfristige Eintrübung der Auftragseingänge und der Produktion im Produzierenden Gewerbe im Juni zeigt jedoch symptomatisch den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2018. Sowohl positive als auch negative Wachstumsraten wechselten sich bisher monatlich ab und halten sich bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung die Waage. Das Niveau des starken Vorjahres 2017 wird gehalten aber nicht weiter ausgebaut.

Verantwortlich sind nach Ansicht des BGA die auch weiterhin anhaltenden geopolitischen Unwägbarkeiten. Der Handelskonflikt mit den USA und die Gefahr eines unregulierten Brexits bleiben präsent. Die Lösung der Konflikte ist nicht absehbar. Auch sieht der BGA die aufwärtsgerichtete Entwicklung des Öl-Preises kritisch. Während der Öl-Preis Anfang 2018 noch bei ungefähr 67 Dollar pro Barrel der Sorte Brent tendierte, stieg er bis Ende Juni 2018 um rund 20 Prozent auf etwa 80 Dollar pro Barrel. Die damit verbunde-

nen Preissteigerungen in Produktion und Transport belasten zunehmend das wirtschaftliche Wachstum.

[Julius Kempe]

VERKEHR

Masterplan Binnenschifffahrt: Erste Ergebnisse Ende 2018 erwartet

Die Arbeiten für den Masterplan Binnenschifffahrt nehmen Fahrt auf. Arbeitsgruppen zu den Themen Infrastruktur, Umweltfreundlichkeit, Digitalisierung, multimodale Transportketten und Sicherung des Fachkräftebedarfs wurden eingerichtet. Der umweltfreundliche Verkehrsträger Binnenschifffahrt ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland im Verkehrsträgermix von besonderer Bedeutung. Umso wichtiger ist es, die Potentiale auszuschöpfen und die Verkehrsträger bestmöglich zu kombinieren. Derzeit sind Förderungen und Erleichterungen für straßenseitige Vor- und Nachlaufverkehre allein auf den klassischen kombinierten Verkehr mit Containern und Wechselbehältern beschränkt. Durch eine Öffnung der 44 Tonnen-Ausnahmegenehmigung für Lkw auch für den Massenguttransport könnte der Verkehrsträgerwechsel gestärkt werden.

[Meike Tilsner]

Steuervorteile für Dienstwagensteuer mit Elektroantrieb

Die Besteuerung der privaten Nutzung von Elektrofahrzeugen (Batterieelektro-, Plug-In-Hybrid- und Brennstoffzellenfahrzeugen) als Dienstwagen, die vom 1. Januar 2019 bis einschließlich 31. Dezember 2021 angeschafft oder geleast werden, wird halbiert. Bei Fahrzeugen, die vor dem 1. Januar 2019 angeschafft wurden oder zwischen 31. Dezember 2021 und 1. Januar 2023 angeschafft werden, gelten abgestufte Minderungen der jeweiligen Listenpreise in der Abhängigkeit zur Leistung der Batterie. Die Regierung erhofft sich dadurch eine deutliche Steigerung der Zulassungszahlen und positive Umwelteffekte.

[Meike Tilsner]

Deutschland ist erneut Logistikweltmeister

Zum dritten Mal in Folge nach 2014 und 2016 wurde Deutschland von der Weltbank zum Top-Standort unter 160 Ländern gewählt, gefolgt von Schweden, Belgien und Österreich. Neu in der Spitzengruppe der Top Ten sind Japan, Dänemark und Finnland. Abgestiegen sind Hongkong (12), die USA (14) sowie Luxemburg (24). Die Weltbank berücksichtigt dabei folgende Parameter: Zollabfertigung, Infrastruktur, Dienstleistungsqualität, der Preis internationaler Sendungen, die Möglichkeiten zur Sendungsverfolgung sowie die Pünktlichkeitsrate von Waren.

[Meike Tilsner]

Zahl der Woche

»153 000 Tonnen Speiseeis im Wert von insgesamt 398 Millionen Euro wurden 2017 von deutschen Unternehmen exportiert.«

Statistisches Bundesamt

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
Telefon: 030 590099-50
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 8. August 2018
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich